

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Anzeige.
werden die **Spezialere** Kolonelle
oder deren Mann mit 30 Bfg. be-
rechnet und in weiteren Anzeigen
und allen Anzeigen-Briefen an-
genommen. Bekleben die Seite 1 mit
Schlag der Anzeigen-Nummer vom
11 Uhr, in der Sonntagsnummer
ebenfalls 6 Uhr. — Abbestellungen
von Anzeigennummern, sowie solche
find, müssen schriftlich erfolgen.
Ercheint täglich einmal.
Sonntags und Montags einmal.

Schreibleitung und Haupt-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Braunschweiger 11.
Verbreitungsstelle Markt 24.

Nr. 102.

Halle, Mittwoch, den 1. März

1916.

3 französische Hilfskreuzer versenkt

Ein Truppentransport mit 1100 Mann gesunken. — Ein englischer Ueberwachungs- dampfer vernichtet.

WTB. Berlin, 1. März. (Amstsch.) Von unseren
Unterseebooten wurden zwei französische Hilfs-
kreuzer mit je vier Geschützen vor der Hanse und ein be-
waffneter englischer Ueberwachungs-Dampfer in der
Zemmelündung versenkt.

Im Mittelmeer wurde laut amtlicher Meldung aus
Paris der französische Hilfskreuzer „La Provence“, der
mit einem Truppentransport von 1800 Mann nach Saloniki
unterwegs war, versenkt; nur 696 Mann sollen gerettet sein.

Das am 8. Februar an der spanischen Küste versenkte fran-
zösische Kriegsschiff war, wie die Meldung des zurückgekehrten
Unterseebootes ergibt, nicht das Dampfschiff „Suffren“, son-
dern der Panzerkreuzer „Admiral Chaner“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berduin wird weiter bestrimt.

Das schnelle Tempo, in dem der deutsche Angriff gegen
Berduin in der vorigen Woche durchgeführt worden ist, konnte
in dieser Weise nicht weiter anhalten. Es war voraus-
zusehen, daß zunächst wieder einmal eine gewisse Ruhepause
eintreten würde, in der die Vorbereitungen zur Weiter-
führung des Angriffes getroffen werden müßten. Wenn
innerhalb weniger Tage der deutsche Angriff einen Raum
von 10—12 Kilometer durchsetzt und das dazwischen liegende
Gebäude in Besitz genommen hat, müssen die artilleristischen
Kampferhältnisse sowie die des Nachschubes neu geregelt
werden, denn für die Fortsetzung des Angriffes genügt es
nicht allein, daß die Infanterie weiter vorrückt, sondern sie
müßte durch die wirksamere Weise von der eigenen
Artillerie unterstützt werden. Dies wird aber in vielen
Fällen nur dann möglich sein, wenn es gelingt, die schweren
Geschütze rechtzeitig weiter nach vorn zu bringen. Ist wie
es häufig bei Berduin der Fall war, die vorgeschobene Stellung
des Verteidigers erobert und auch schon ein Einbruch in den
selbstgeschlossenen Ring der Verteidigungswerte erfolgt, so
müßte der artilleristische Kampf gegen die weiteren Befesti-
gungen fortgesetzt werden, um auch diese wieder sturmreif
zu machen und den in ihnen stehenden Verteidiger zu er-
schüttern. Deshalb wird die eintretende Kampfpause
benutzt durch die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien
ausgenutzt. Gerade der französische Besatzstand erwirkt
die Annahme der artilleristischen Tätigkeit und gibt an, daß
einige Einheiten den beiden feindlichen Stücken entgegen-
übergezogene Baracken mit einem Geschützpaar überführt
worden, daß seine Truppe sich auf die Dauer auf ihnen halten
kann.

Daß die deutsche Artillerie inzwischen
schon wieder eine gute Wirkung gehabt und
dadurch der Infanterie das weitere Vorgehen ermöglicht
hat, geht aus der Tatsache hervor, daß die deutschen Truppen
ein Teil des Dorfes Douaumont lag, während der Feind erobert
haben. Damit ist der von den Deutschen in Besitz genommene
Teil der feindlichen Stellungswerte wiederum nach der Breite
erweitert worden. Auch in der Westfront-Gebiete
selbst machte der deutsche Angriff weitere Fort-
schritte. Siegreich drangen die deutschen Truppen weiter
vor und warfen den Gegner auf den Strand der Cotes Vor-
arbeiten zurück. So können wir mit der weiteren Entwicklung
des Angriffes auf Berduin nach jeder Richtung hin zufrieden
sein. Die Größe des Erfolges tritt auch in der großen Zahl
von unter dem Gejangenen erjagte, die den deut-
schen Truppen als Siegesbeute zugefallen sind. Ihre Zahl
beträgt bisher 228 Offiziere und 16 575 Mann. Es
ist dies mehr als ein Drittel des Gesamtstand einer vollen kriegs-
tauglichen Division ausmacht.

B. Berlin, 1. März. Der Kriegsbericht-Experte der
„A. Z.“ meldet vom westlichen Kriegsschauplatz: Dem ge-
waltig geführten Stoß vor Berduin hat sich in den letzten
Tagen die Angriffsbewegung in der Westfront-Gebiete hinzu-
geschaltet. Der Nordteil dieser reichen und fruchtbaren Ebene
gehörte seit September 1914 den Franzosen. Der deutsche
Vorstoß stürzte über das freie Ackerland und die aus-
gedehnten Wäldungen und trieb die Franzosen vor sich her,
beim Hindernisbewegung sich sehr verlustreich gestaltete. In
einem der Waldgebiete, dem Bois d'Hennois, südwestlich
von Catin stießen die deutsche schwere französische Geschütze
größten Kalibers in unsere Hand. Mit deren Geschützen
hatte der Feind seit längerer Zeit die Ostfront hinter unserer
Front oft beschoßt. Aber noch weiter, bis nahe vor den
Hüften der Cotes, drangen unsere Truppen vor. Hier
ist allenthalben mit einem Schlag an Stelle des langen
Stellungskrieges der Bewegungskampf getreten. Wieder
mehrere in dem Schneckentempo der letzten Tage wie im früh-
lingwarmen Taumel von heute Infanterieverbände über

Zeichnet die vierte Kriegsanleihe!

Das deutsche Heer und das deutsche Volk haben eine Zeit gewaltiger Leistungen hinter sich. Die
Waffen aus Stahl und die silbernen Kugeln haben das Ihre getan, dem Wahn der Feinde, daß Deutsch-
land vernichtet werden könne, ein Ende zu bereiten. Auch der englische Ausnahmsplan ist gescheitert.
Im zwanzigsten Kriegsmomente sehen die Gegner ihre Wünsche in nebelhafte Ferne entrückt. Ihre letzte
Hoffnung ist noch die Zeit: sie glauben, daß die deutschen Finanzen nicht so lange standhalten werden
wie die Vermögen Englands, Frankreichs und Rußlands. Das Ergebnis der vierten deutschen Krieges-
anleihe muß und wird ihnen die richtige Antwort geben.

Jede der drei ersten Kriegsanleihen war ein Triumph des Deutschen Reiches, eine schwere En-
täuschung der Feinde. Jetzt gilt es aufs neue, gegen die Lüge von der Erschöpfung und kriegsmüdege
Deutschlands mit wirksamer Waffe anzugehen. So wie der Krieger im Felde sein Leben an die We-
teidigung des Vaterlandes setzt, so muß der Bürger zu Hause sein Erspartes dem Reich darbringen, um
die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende zu ermöglichen. Die vierte deutsche Kriegsanleihe,
die laut Bekanntmachung des Reichsbank-Direktoriums soeben zur Zeichnung angelegt wird, muß

der große deutsche Frühjahrssieg auf dem finanziellen Schlachtfelde

werden. Bleibe keiner zurück! Auch der kleinste Beitrag ist möglich! Das Geld ist unbedingt sicher und
hochverzinslich angelegt.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artilleriekämpfe waren auch gestern an vielen Stellen
der Front sehr reger, besonders auf feindlicher Seite. An
mehreren Stellen verfolgte der Gegner damit feilsch nur
Täuschungszwecke. Dagegen scheint er im West-Gebiet, in
der Champagne sowie zwischen Maas und Mosel bestrebt zu
sein, uns ernstlich zu schädigen. Er erreichte das Ziel nicht.
Im Aufmarsch wurde ein englischer Doppeldecker
bei Menin erbeutet, die Insassen sind gefangen. Zwei
französische Doppeldecker holten die Abwehrschiffe herunter,
den einen bei Bezanon nordwestlich von Soissons, Insassen
gefangen, den anderen dicht südwestlich von Soissons, Insassen
wahrscheinlich tot. — Ein von dem Leutnant der Reserve
Rühl geführtes Flugzeug, Beobachter Leutnant der Reserve
Faber, brach einen militärischen Transportzug
auf der Straße Bezanon—Jully durch Bombenabwurf
zum Stillen und befruchtete die ausgelegte Transportmannschaft
erfolgreich mit seinem Maschinengewehr.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

... von feindlicher Seite.
Oberste Heeresleitung.

Felder und Straßen, sahren Feldbatterien im Freien auf,
sahen die schweren Geschütze vor. Unter den feindlichen Truppen,
mit denen der Feind im heftigen Gegenangriff den Unseren
den Besitz des beherrschenden Höhenrückens von Douaumont
sich hartnäckig verweigert, freitrag zu machen sucht, befinden
sich auch marokkanische Regimenter. In den sich häufenden
Scharen der Gefangenen fanden wir viel Karabiner. Auf dem
West-Gebiet der Kriegsschauplatzes, dem „A. Z.“ aus dem
Kriegsbericht: Auch über das Bois d'Hennois hin-
aus haben wir uns in breiter Linie mehrfach an den feindlichen
Teil der Bergkette herangekämpft. Die beiden östlich
von Berduin gelegenen Ostfronten Moranville und Blanzac sind
dabei in unsere Hand gefallen. In dem Dorfe Fresnes, das
etwa 4 1/2 Km. westlich von Warfreville gelegen ist, hielten
sich eingekerkerte französische Kräfte vorzeitig noch im Ab-
wehrkampf. Sie mußten inzwischen gleichfalls dem Druck
der deutschen Kräfte weichen. Die Kämpfe in dem hügeligen
und vielfach dicht mit Niederholz besetzten Vorgebiet
der Cotes Vorarbeiten stellen an die Tatkraft und Ausdauer
der Angreifenden ganz außerordentlich große Anforderungen.
Hier hier in dem Hügel vor Berduin beschafften die
Franzosen haben diese Anforderungen glänzend erfüllt und eine
wunderbare, heeresgrosse Stützlinie aufgestellt. Besonders
erkennbar ist es, daß sie bei aller Wichtigkeit des bisher
erhaltenen verhältnismäßig geringe Verluste zu verzeichnen
brachten. Es ist viel Großes geleistet worden in diesen acht
Tagen des Kampfes im Gelände von Berduin, aber es bleibt
noch weit mehr zu tun. Man kann dem Weitergang der un-
angenehm Schlacht, in der für Deutschland diese Führung und

diese Mannschaften sehen, mit ruhiger Zuversicht entgegen-
sehen.

c. M. Frankfurt a. M., 29. Februar. Die Gesamtzahl der
bis zum 28. Februar früh in den Gefangenenlagern des Be-
zirks des 18. Armeekorps aus den Kämpfen bei Berduin ein-
gelieferten gefangenen Franzosen beträgt laut „Zitt. Anz.“
rund 14 000 Mann, hiervon entfallen auf Darmstadt und
Gießen je etwa 5000, auf Worms 4000 Mann, auf Mainz
200 Offiziere.

Flucht der Bevölkerung aus der Waasgegend.

Selt Mittwoch findet, wie dem „B. T.“ aus Gen
meldet wird, eine außerordentliche Flucht der Bevölkerung aus
der Waasgegend statt. Es handelt sich hauptsächlich um die
Bewohner der Ortschaften St. Menchouh, Reuignu,
Bar-le-Duc und Commercy. Senator Humbert er-
mahnt im „Journal“ die Pariser, gegenüber den Flüchtlingen
weitgehende Wohlthätigkeit zu üben, weil sie bis zur letzten
Minute ausharteten. Die Entfernung der Zivilisten gibt im
übrigen einen Anhaltspunkt dafür, daß der Feind die
Ortschaften an der Waas mit der Möglichkeit droht, die
Frontlinie des bedrohten Gebietes zurückzunehmen.

Die Bedeutung Verduns für England.

„Nord Maritime“ meldet aus Nantes: „Hervorragende
englische Offiziere sind nach Verdun abgereist, um
dort verlassenen Posten zugeweiht zu werden. Vor ihrer
Abreise erklärten sie: Die Schlacht entscheidet also über die
Engländer ebenso wie über die Franzosen. In diesem Mo-
ment gibt es nichts anderes als losgehen von der Nordsee
bis Belfort.“

Frankreichs Hoffnungen auf England.

c. B. Nordaard, 29. Februar. Die heute hier ein-
getroffenen nordfranzösischen Blätter reichen bis zum Ein-
bruch der südlich von Douaumont verlorenen Stellungen,
behandeln alle die in Verdun entrannte Schlacht nach wie
eine rein lokale Kampfschlacht. Gleichwohl ist zu erkennen,
daß sich in der nordfranzösischen Bevölkerung das haupt-
sächlichste Interesse den Engländern zukehrt, von denen
man jetzt mehr als die Hilfe erwartet, von denen
den Belgieren kurz vor dem Fall von Antwerpen teilge-
worden. Der Besatzer des „Nord-Eclair“, Mitglied von
seiner Seite nach England zurückgekehrt, schreibt: Es wäre
eine allen unseren freundschaftlichen Empfindungen für
Großbritannien hohnsprechende Handlungsweise, würden wir
in unserer Augenblick daran zweifeln, daß die starken eng-
lischen Streitkräfte nicht in volle Aktion treten, während
unsere Truppen drängen um Verdun kämpfen. Die Schwie-
rigkeiten einer Offensiv in Flandern sind zwar nicht zu
leugnen, aber es ist natürlich, daß unsere Alliierten, in weitem
auch England, kräftig loslagern werden, um aus Franz-
osen von dem herfürbaren Druck zu befreien. Wie tenen
die Regierung der Deutschen nicht. Der Durchbruch am Du-
nien führte uns aber, daß es den Deutschen an Mitteln, ein
fernes Ziel zu erreichen, nicht fehlt. Kräftig, aber Auf-
stand kämpfen sie gemeinsam mit den Westdeutschen, in
Frankreich helfen ihnen die Westbatterien der Ver-
bündeten. Das ist nicht viel. Um auf England zurückzu-
kommen, glaube ich verprechen zu können, daß wir gewaltige
Hilfe erwarten dürfen. Zur Stunde, wo ich diese Zeilen zu

Capler Befehle, haben sich vielfach die von uns erwarteten Ereignisse vollzogen. Das ist ein Irrtum; die Engländer haben nicht angegriffen, auch die Russen nicht! Red.

Abhebung unfähiger Generale.

Lauf der „Kön. Ztg.“ melden schweizerische Blätter aus Mailand: Nach einem Pariser Drahtbericht des „Secolo“ sind einige Generale der Verbund-Armee wegen Unfähigkeit abgesetzt worden. Als neuer Befehlshaber wird General Petin genannt.

General Humbert, der Oberkommandierende der bei Verbund stehenden französischen Heeresgruppe ist der unmittelbare Nachfolger Sornais, der jetzt den Oberbefehl in Saloniki führt. General Humbert stammt aus einer Soldatenfamilie. Er war Schüler von St. Cyr und trat schon als Unterleutnant in den Dienst der Armee, ging dann nach Tongking, wo er an den Expeditionen gegen die Eingeborenen teilnahm und machte als Hauptmann den Feldzug in Madagaskar mit. In den 90er Jahren wurde er zum Major befördert. Der damalige Präsident der Republik, Jellinck, berief ihn nach Paris und machte ihn zu seinem Debonairassistenten. Humbert wurde sodann zum Obersten befördert und zum Großen Generalstab versetzt, den er als Brigadegeneral verließ, um nach Chambery zu gehen. 1913 berief ihn General Dautan nach Varello, wo er an der Niederwerfung der Eingeborenen teilnahm. Als der Krieg ausbrach, eilte Humbert an die Spitze der ersten maroccanischen Division im August 1914 nach Frankreich und nahm an den Kämpfen von Charleroi und an der Marne teil. Hier trug ihm sein Eingreifen, als die „Mittellinie“ seinerzeit mitbrachte, die höchsten militärischen Auszeichnungen ein und die Beförderung zum Korpskommandanten. Der Armeebefehl, in dem er ausgezeichnet wurde, rühmt, daß General Humbert die schwere Lage mit Ruhe beurteilte, seine Entscheidungen schnell zu treffen wisse und ihre Durchführung mit unerschütterlicher Energie und Hartnäckigkeit verfolge.

Unsere neueste Mitteilung aus Amerika.

c. B. Aus dem Haag, 1. März. Neuter meldet aus New York: Die durch den deutschen Botschafter der amerikanischen Regierung übermittelte Mitteilung stellt sich auf den Standpunkt, daß die neuen deutschen Anweisungen für den Unterseebootkrieg nicht die Aufhebung der früheren deutschen Beschränkung zu bedeuten haben, wenigstens was die Behandlung feindlicher Handelschiffe anbelangt, die keinen Widerstand leisten. In dem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß im Falle der Unterhandlungen über den „Kaitiana“, daß gewisse Handelschiffe nicht erwähnt worden seien. Die deutschen Mitteilungen lenken die Aufmerksamkeit auf angelegte Anweisungen der amerikanischen Regierung an die Seefahrer, in denen nur die Fälle, wo Handelschiffe zu Angriffswegen bewaffnet waren, bezeichnet worden seien. Auch wird auf die geheimen Anweisungen hingewiesen, welche die englische Admiralität den Kapitänen ihrer Handelschiffe über den Angriff auf U-Boote gegeben habe. Ferner wird mitgeteilt, daß österreichische U-Boote durch bewaffnete Handelschiffe angegriffen worden seien. Die neuen deutschen Anweisungen würden in Übereinstimmung mit der Auffassung, die Vantage in seiner jüngsten Note an die Verbündeten vertreten habe, in der er zur Entwarnung der Handelschiffe aufzufordere. Auch hätten die deutschen U-Bootskapitane Auftrag erhalten, kein Handelschiff ohne Warnung zu vernichten. Insofern sie nicht bestimmt davon überzeugt sind, daß die Handelschiffe bewaffnet sind. Deutschland wisse die von den Vereinigten Staaten unternehmen Bemühungen, in der Frage der Bewaffnung der Handelschiffe einen modus vivendi zu schaffen, wohl zu schätzen. Deutschland könne jedoch nicht länger dulden, daß U-Boote durch Handelschiffe angegriffen würden. Daraus seien die neuen Anweisungen weder aufgeschoben, noch verlängert worden.

Notterdam, 29. Februar. Die Londoner „Westminster Gazette“ schreibt: Die Deutschen scheinen die neue Barbarei zur See schon begonnen zu haben, denn angehend sind mit dem U-Boote neue Minen ausgesetzt worden. Andere Blätter betonen, daß die Minen der deutschen U-Boote, welche vernichtet werden müßten, die englischen Seelente nicht davon abhalten werde, in See zu fischen.

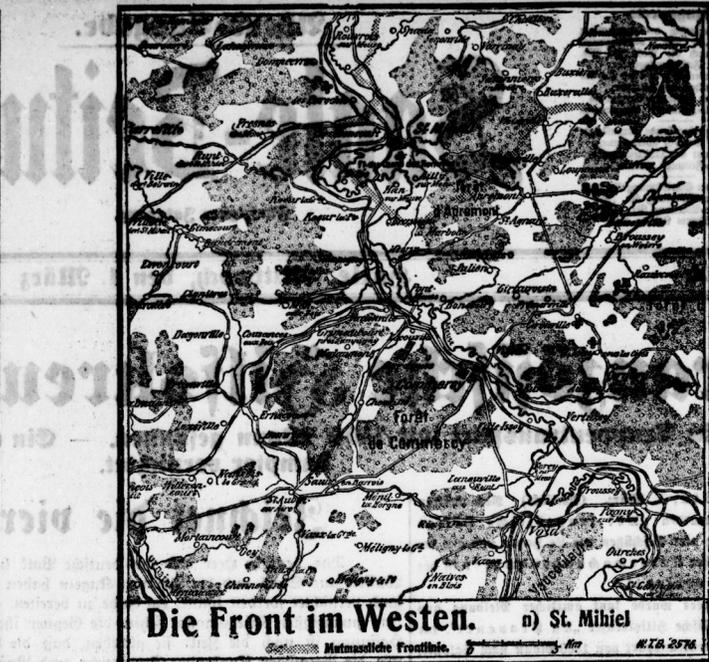
Die deutsche Denkschrift in Washington.

W.B. Washington, 29. Februar. (Neuter.) In der heutigen Kabinetsitzung wurde die deutsche Denkschrift besprochen. Man beschloß, weitere Mitteilungen von Berlin abzuwarten.

Die montenegrinische Regierung zu den Friedensverhandlungen.

W.B. Wien, 1. März. Prinz Niko, der Sirdar Bosnien und in Montenegro zurückgebliebenen Minister, der Justizminister Radulovic, der Minister des Innern Popovic und der Kriegsminister Bjelonic haben die durch die Agence Havas unter dem 11. Februar veröffentlichte Erklärung des montenegrinischen Ministerpräsidenten Musiolovic eine Gegenklärung erteilt, in der sie die Erklärungen des Ministerpräsidenten Musiolovic als durchweg unrichtig bezeichnen. In der Gegenklärung heißt es:

Nach längeren Beratungen hat die königliche Regierung am 1. März in einem Telegramm mit dem König die L. u. l. Regierung mit dem Telegramm vom 31. Dezember um Frieden. Gleichzeitig wendete ich Seine Majestät die Königin mit einer telegraphischen Botschaft an Seine L. u. l. apostolische Majestät um seine Vermittlung. Am 2. Januar erhielten wir die identische Antwort, daß Friedensverhandlungen nach Hinführung der Waffen und nach Auslieferung der serbischen Truppen, welche sich noch auf unserem Gebiet befinden, in Angriff genommen werden würden. Die Bedingungen waren zweifellos schwer, ja sehr schwer; aber auch die Lage gestaltete sich immer schwieriger. Ein einziger Überflutungs konnte nirgends gelöst werden. Schließlich wurde die erste Bedingung angenommen. Die Möglichkeit der zweiten Bedingung wurde erklärt, daß sich keine serbischen Truppen auf unserem Territorium befinden. Ministerpräsident Musiolovic kehrte am Abend des 5. Januar nach Stutgart zurück, worauf am nächsten Tage, dem 6. Januar, die Note abgehandelt wurde, in der betont wurde, daß die vorgelegte Art und Weise der Waffenablieferung praktisch



undurchführbar und demütigend sei. (Von einer beabsichtigten Demütigung der Montenegriner war keine Rede, es handelte sich einfach um militärische Notwendigkeiten. Zum des f. l. Toll. -Bur.) Dessen Tag reiste der König ohne Wissen der Regierung nach Stutgart ab und von da über Neudorf nach Italien, aus welcher Ursache eben die im Artikel 16 der Landesverfassung vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt wurden. Ein solches Vorgehen des Königs machte einen niederstimmernden Eindruck auf Heer und Volk. Es entstand eine allgemeine Verwirrung und die Gefahr innerer Unruhen, was uns drei Minister bewegen hat, unsere Regierungsfunktionen auch weiterhin auszuüben und die begonnenen Verhandlungen, die mit Erfolg zu Ende geführt wurden, fortzusetzen, indem die Waffen als Staatsgegenstand im Lande verblieben und Heer und Volk ruhig nach Hause zurückkehren konnten. Ein derartiger Lauf der Ereignisse demütigt am besten die offizielle Note des Ministerpräsidenten Musiolovic, weil dadurch inkonkret wird, daß die Einstellung der Feindseligkeiten und Johann auch der Friede nicht mit besonderem Nachdruck angefochten worden ist, sondern einzig und allein mit Rücksicht auf die erste Lage und zu dem Zweck, aus dem Volk vor der Reichsversammlung (gemeint ist wohl die beabsichtigte Internierung der wehrfähigen männlichen Bevölkerung. Ann. des f. l. Korr.-Bur.) zu retten, ferner daß die Regierung nicht zusammen mit der königlichen Familie das Land verlassen hat mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, der allein weder die Regierung repräsentiert, noch namens derselben irgend welche Entscheidungen treffen kann, was hingegen den im Lande zurückgebliebenen drei Ministern möglich ist, ferner daß König Nikolaus nicht zum Zweck der Ermächtigung der Truppen und zum Wiederstand ein Mitglied seines Hauses und drei Regierungsmitglieder im Lande zurückgelassen hat, da diese drei Mitglieder der Regierung von der Abreise des Königs nichts gewußt haben und schließlich, daß König Nikolaus weder vor Stutgart noch von Neudorf oder von Italien aus weder dem Prinzen Mirko noch der Regierung oder Bulgarien irgend welche Einwendungen erteilt hat, daß das Heer sich auf Stutgart zurückziehen sollte, daß dem Heere die Gewonnenen folgen sollen und daß unter keinem Vorwand Friedensunterhandlungen in Angriff genommen werden dürfen.

Die obige Erklärung hat die königliche Regierung vollkommen frei von jedwem Einfluß auf der Grundlage von Dokumenten erlassen.

Rodgoritz, 4. Februar (a. St.).

Unterchriften: Prinz Niko, Vukotic, Radulovic, Popovic und Bjelonic.

Wie das A. u. A. Korrespondenz-Bureau erfährt, hat das Friedensangebot, das König Nikolaus unter dem 31. Dezember (a. St.) an Kaiser Franz Josef gerichtet hatte, folgenden Wortlaut:

„Gew. Majestät! Nachdem Ihre Truppen heute meine Hauptstadt befehlt haben, befindet sich die montenegrinische Regierung in der Notwendigkeit, sich an die A. u. A. Regierung zu wenden, um sie zur Einstellung der Feindseligkeiten, um Frieden zwischen den Staaten Gew. Kaiserlichen Majestät und meines Landes zu bitten. Da die Bedingungen eines glücklichen Siegers hart sein können, richte ich mir voraus an Gew. Majestät die Bitte, sich für einen Frieden einzusetzen, der ehrenvoll und würdig des Prestiges eines Volkes ist, das in früheren Zeiten Ihr hohes Wohlwollen, Ihre Achtung und Ihre Sympathien genossen hat. Ihr edles und ritterlich empfindendes Herz wird, hoffe ich, diesem Volke keine Demütigung antun, die es nicht verdient. (gez.) Nikolaus.“

Den unter dem gleichen Datum von der montenegrinischen Regierung an die L. u. l. Regierung gerichteten Friedensentwurf heißt es:

Die montenegrinische Regierung bittet die L. u. l. Regierung, Frieden mit Montenegro zu schließen. Die Regierung von Montenegro bietet die L. u. l. Regierung, die nötigen Befehle zur Einstellung der Feindseligkeiten geben zu lassen und diesbezüglich den Tag und die Stunde zu bestimmen, damit die königliche montenegrinische Regierung die gleichen Befehle ihren Truppen erteilen kann. (gez.) Ministerpräsident Musiolovic, Justizminister Radulovic, Minister des Innern Popovic und Kriegsminister Bjelonic. 31. Dezember 1915. (13. Januar 1916.)

Am Tage darauf erfolgten die Antworten Kaiser Franz Joseph an König Nikolaus sowie der L. u. l. Regierung an die montenegrinische Regierung, die lauteten:

„Es gereicht mir zur Genugtuung, daß Gew. Majestät sich bereit erklärt, den nunmehr awedlos gemordenen Widerstand aufzugeben. Die Bedingungen der Einstellung der Feindseligkeiten sind Gew. Majestät bereits im Wege meines Armeekommandos bekanntgegeben worden. Auf den Vorfall der montenegrinischen Regierung wird derselben die Antwort meiner Regierung ausgehen. Franz Josef.“

„Da die königliche montenegrinische Regierung die Möglichkeit eines weiteren Widerstandes einleitet und ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, dem Blutergießen Einhalt zu tun, wird die L. u. l. Regierung, sobald die seitens der L. u. l. Wehrmacht gestellten Bedingungen erfüllt sind und somit die Feindseligkeiten eingestellt sein werden, die von der königlichen montenegrinischen Regierung erbetenen Delegationen erteilt werden, damit dieselben in Cetinje mit den Delegationen der Regierung Montenegros zusammentreffen. Surian.“

Eine weitere Wiener Meldung teilt mit, daß das Schreiben der genannten montenegrinischen Botschafter an ihren in Frankreich weilenden König, das eine Bitte um Erneuerung von Friedensunterhandlungen enthält und durch Vermittlung der spanischen Regierung an seine Bestimmung gelangen sollte, infolge von Frankreich ausgehen indessen dem König nicht ausgehändigt werden konnte.

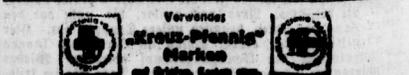
Die montenegrinische Regierung in Bordeaux. Nach einer Pariser Meldung hat die Regierung von Montenegro sich in Bordeaux niedergelassen.

Ein äußerst laures Amt. Anfang März wird sich der Kronprinz von Serbien in Begleitung von Kaiserlich nach Rom, Paris und London begeben, um den Entenmästen für das ja unten, was sie für Serbien getan haben. (1)

Soll der Kronprinz ohne Land das wirklich über sich gewinnen? Red.

Die Schweiz im Fieber.

Ergebnisse des Züricher Oberstenprozesses. Die Verhandlungen des Züricher Kriegsgerichts der 5. Division haben erteilt, daß die beiden Obersten Gali und von Mattenwyl sich lediglich eine Inzestheit haben zu schuldig kommen lassen. Aber das hat alle Welt schon vorher gemutet. Schon Anfang Februar verdächtete der Schweizer Bundesrat, daß es sich weder um Hochverrat noch um Spionage handele, sondern höchstens um eine feindliche Fernschäftigung der Willkür. Mit anderen Worten hieß das: Die beiden Obersten haben weder ihr eigenes Vaterland, noch Frankreich, noch Deutschland verraten. Aber der Züricher Obersten mußten auf das Armeeführerbüchlein. Da stellte sich nun manches heraus, was den Hebern, die das „Kriegsgericht“ rühmet, wenig angenehm ist. Der ganze Prozeß, die ganze Aufregung, die ganze politische Krise, von der die Schweiz wie von einem Fieber geschüttelt wird, ist das Wert eines kleinen Schritten-Gentifizierens, der an gewöhnlicher Bedeutung zu leiden glaubt. „Ich hatte das Gefühl, daß man mich nur so als eine Art Entschuldigungsmaßnahme beabsichtigt“, so erklärt er, der Hauptbelastungszeuge Dr. Rangier, „also ging er hin und benutzte seine Vorgesetzten bei der russischen Gefandtschaft und beim Schweizer Bundesrat. Weil er ein schrittweise Schriftstück russischer Herkunft, das den Deutschen in die Hände gefallen war, für ein schweizerisches Generalstab entziffert sollte. Er witterte eine sträfliche Verbindung seiner Vorgesetzten mit der deutschen Gefandtschaft, und da er politisches Blut und aus Montreux gebürtig ist, geht er sich mit welchen Vertrauensleuten, den



Obersten Seckler, Rehatious der „Gazette de Louvain“ und dem Generalmajor Bonnard in Genf in Verbindung. Der zweite Akt wurde der bekannte Sektant. Alles, was sich jetzt in der inneren Politik der Schweiz abspielte, war die Folge dieser Heintiden und unüberlegten Angeberei. Die Weisungen zählten in ihren Berathungen. Die Kanonisten telephonierten den Bundesrat an, warum er die beiden Obersten noch nicht trumm geschlossen habe. Die Sozialdemokraten fingen den Sturmwind in ihren Segeln auf, um gegen die Militärstrafgesetze anzugreifen, die den alten Geist der Milizarmee vertrieben. Nach der christliche Mächtigenschein von Luzern sollte eine Resolution, die nachdrücklich für die in allen Zeitungen Frankreichs zu lesen war und worin die sofortige Bestrafung der Schuldigen verlangt und erklärt wird, man werde, wenn nötig, mit allen Mitteln dahin wirken, daß die bevorstehenden Neuwahlungen der ersten und zweiten Division solange verhindert werde, bis die Soldaten die Ehretheit bekommen haben, daß in der Schweiz alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Man wollte wissen unter den Kretzern zur Unterstützung dieser Drohung verstanden, was sich nicht mehr als ein Beschlüß selber ab. Es war zu toll. Nun haben die Ergebnisse des Vorgesetzes zur Genüge festgestellt. Das Fieber läßt nach. Man sieht ein, daß der kleine Denunziant nicht nur über die politischen Folgen seiner Angeberei im Unklaren war, sondern daß er sich auch in der Wirkung seines sensationellen Geschehnisses fürchterlich geirrt hat. Die Obersten haben den Austausch militärischer Meldungen mit den deutschen Militärs nicht aus verdächtigem Mißtrau, nicht eines geliebten Vorurteils wegen, ja nicht einmal aus Gefälligkeit betrieben, sondern im Dienste und zum Vorteil des eigenen Schweizer Vaterlandes, weil nur auf diesem Wege wichtige Nachrichten für die Schweiz zu erhalten waren. Sie haben nicht mit den französischen, sondern den deutschen Militärs getuschelt, weil die Deutschen etwas wußten, die Franzosen nicht. Es war eine Kompensation, durch die niemand geschädigt, nichts „verraten“ wurde. Durch ein disziplinarisches Verfahren hätte das festgelegt und eine etwa wirklich vorgefallene Unregelmäßigkeit geahndet werden können. Aber der Angeber wollte es anders. Er hing es an die große Glocke und die Welt hat nun gekostet. Vieles von dem, was dieser Angeber aufwachte, wird sich nie mehr ändern lassen. Auch wenn General Wille, gegen den sich die Spitze des wackrigen Insturms richtet, auf seinem Posten bleibt, so werden doch die Forderungen gesetzespolitischer Natur, die diese Kritik mit sich brachte, erfüllt werden müssen. Vieles Militärische und Diktatorische, das der Weltkrieg mit sich brachte, soll jetzt wieder bürgerlich werden. Die parlamentarische Kontrolle soll ihrer Macht zurückempfangen, die Zuständigkeit der Kriegesgerichte soll zugunsten der Zivilkammern eingeschränkt werden. In den nächsten Tagen wird sich das Schweizer Bundesparlament ver sammeln. Auch dort wird die Oberstenfrage noch eine große Rolle spielen.

Freispruch im Obersten Egl-Prösch.
WTB. Zürich, 29. Februar. Die Obersten Egl und Wattenwyl sind freigesprochen worden. Sie wurden ihren Vorgesetzten zu disziplinarischen Bestrafung übergeben.

Über die Verhandlung wird noch gemeldet:
WTB. Zürich, 29. Februar. Im Prozeß gegen die beiden Obersten Egl und Wattenwyl machte in der Vormittagsung der Generalstaatssekretär Sprecher v. Bernegg Angaben über die Bedeutung des Nachrichtenbendes. Er sagte: Egl und Wattenwyl haben selbständig gearbeitet. Die Schweiz ist bei ihrer neutralen Stellung auf einen guten Nachrichten dienste angewiesen, da sie durch die Neutralität militärisch große Nachteile hat und auf die strategische Defensive angewiesen ist. Der Nachrichten dienste kann mit den Forderungen der Neutralität in Widerspruch gelangen. Das Bulletin hatte keinen großen Wert. Hätte ich von seiner Verwendung in Kompensationszwecken Kenntnis gehabt, so würde ich die Befehlshaber der Offiziere disziplinarisch bestraft haben. Die Obersten haben ihre Dienste vorzüglich versehen und alles zum Wohle des Landes getan. Die Attakés haben nie unerbauten Mittel angewendet. Auf eine Anfrage des Großrichters antworteten Egl und Wattenwyl, daß sie keine Befehlshaber ihrer Dienstpflicht oder der Neutralität begangen haben. In der Anklageurtheile des Auditors heißt es: Der enge Verkehr, den die Genannten mit den Militärattakés hatten, ist in zu häufig gemein. Der Inhalt der Befehle der Befehlshaber der Offiziere und der Nachrichten dienste durch die Befehlshaber des Bulletin, welche das Gericht annehmen, daß die Offiziere neben der Uebermittlung des Bulletin auch beschriebene Depeschen ausgefertigt haben, so würden beide zu je einem Jahr Gefängnis, Entfernung aus dem Amt und zu je 1000 Franken Buße verurteilt werden. Sollte bloß Auslieferung der Bulletin in Frage kommen, so würden für Egl drei Monate Gefängnis und für Wattenwyl ein Monat Gefängnis und je 500 Franken Buße beantragt. Der Verteidiger von Egl beantragte Freispruch. Der Inhalt des Bulletin sei durchaus harmlos und kein Geheimdocument.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Lyon mit Verwundeten überfüllt.
WTB. Bern, 29. Februar. (Drahtbericht.) Wie die Schweizerische Depeschengenerat aus Genf berichtet, treffen in Lyon seit 48 Stunden unaufhörlich zahllose militärische Verwundete ein. Alle Spitäler der Stadt und des Südoftens sind mit Verwundeten besetzt.

300 Milliarden Kriegskosten.
c. M. Rotterdam, 29. Februar. „Pall Mall Gazette“ schreibt, daß im Jahr 1918 die Kosten der Kriegskosten für sämtliche Kriegführenden den Betrag von 300 Milliarden den Markt erreichen werde.

Die italienische Schiffsahrt unter Staatsausfall.
WTB. Rom, 29. Februar. Das Amtblatt veröffentlicht eine Verordnung des Staatshalters, die für alle frachtverträge italienischer Dampfer von über tausend Tonnen die staatliche Aufsicht festsetzt. Auch italienische Dampfer in fremden Häfen unterliegen der Genehmigung des Marineministers für jede Ladung.

Säcularfeier des ersten Garde-Feld-Artillerie-Regiments.
WTB. Berlin, 29. Februar. Das erste Garde-Feld-Artillerie-Regiment feierte den Geburtstag seines hundertjährigen Bestehens. Neben vielen ehemaligen Angehörigen

des Regiments nahmen auch der kommandierende General des Gardekorps, Erzherzog Löwenfeld und Generalmajor König an der Feier teil. Nachdem der früher einer Ersatz-Abteilung, Hauptmann Dohlig, das Kaiserjoch ausgebracht hat, hielt Erzherzog Löwenfeld eine längere Ansprache, in der er der ruhmvollen Taten des Regiments in früheren Kriegen und in der Jetztzeit gedachte.

König Ferdinand in Wien.
WTB. Wien, 29. Februar. König Ferdinand von Bulgarien ist um 6 Uhr 18 Min. abends aus Koburg hier eingetroffen.

„Das neue Russland.“
T. U. Haag, 29. Februar. Der Petersburger Korrespondent des „Dah Chronicle“ intervierte mit dem Dumapfäsidenten, der betonte, daß aus dem Krieg ein neues Russland emporgehen werde, das den alten Konseratismus abgetan hat und in dem der Redefreiheit nichts mehr im Wege stehen wird.

Der Landwirtschaftsetat im Haushaltausschuß.

Berlin, 29. Februar 1916.
Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Dienstag den Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Beim Titel „Minister“ brachte ein freikonserativer Abgeordneter Beschwörungen aus Schleswig-Holstein über die verschleuderten

Praxis der einzelnen Mühlen
bei der Beanpruchung von Getreide vor. Die Staatsregierung erriente die Berechtigung mancher dieser, auch von fortgeschrittenen Seiten unterrichteten Beschwörden an, es sei jedoch schwer, bei allen Mühlen die gleiche Praxis zur Durchführung zu bringen. Ein Zentrumsgedordneter forderte den Minister auf, dem Flachsbau erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und Moore als Naturdenkmäler zu erhalten. Diefem Antrag stimmte die fortschrittliche Volkspartei zu in dem Sinne, daß ganze Moore und nicht bloß einzelne Teile als Naturdenkmäler zu erhalten seien. Bei den landwirtschaftlichen Behördungen gab die Staatsregierung Auskunft über die Forderung der landwirtschaftlichen Hochschulen in der Kriegszeit. Der Reichsminister wies auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Mittel- und Fortbildungsschulen und der Wanderfachausbildungsschulen für schulentlassene Mägdchen auf dem Lande hin. Der Ausschuß war darin einig, daß diese Schulen nach dem Kriege erhöhte Bedeutung gewinnen würden und daher dringend weiterer Förderung bedürfen. Ein konservativer Abgeordneter regte an, Kriegsbeschädigten den Besuch landwirtschaftlicher Mittelschulen zu ermöglichen. — Es wurden Fragen erhoben über den Mangel an Tierärzten auf dem Lande, die Regierung wurde gebeten, möglichst für Mähdise zu sorgen. Ein Regierungsvertreter gab eine Uebersicht über den

Schweudenland in Preußen.
Es wurde als erfreulich bezeichnet, daß es trotz dem Kriege allgemein gelungen sei, ein Herdbergreifen von Schweuden zu verhindern.

Eine längere Aussprache entspann sich über die Förderung der Viehzucht.

Man wies darauf hin, daß je länger je mehr durch den Krieg auch die Rindviehhaltung bedroht erscheinen. Die Regierung wurde gebeten, alles zu tun, was in ihren Kräften liege, um das Durchhalten der Rindviehhaltung durch den Krieg zu ermöglichen. Der Minister führte aus, daß die Durchhaltung des Rindviehs natürlich in den vorhandenen Futtermitteln ihre Grenze finde; bis jetzt ist nur ein Verbot des Schlachtens von hochtragenden Kühen erlassen worden. Der Minister stellte in Aussicht, daß bei dem Mangel an Magermilch, insbesondere für die Weide in Schleswig-Holstein, Magermilch aus dem Ausland eingeführt werden solle. Zu dem auf die Befragung der Geflügelzüchter bezüglichen Titel stellte die fortschrittliche Volkspartei folgenden Antrag:

1. durch Verträge und auflösbare Schriften das Interesse für die Geflügelzucht, besonders in der ländlichen Bevölkerung, zu heben,
2. in jeder Provinz im Anschluß an einen Muttergeflügelhof zunächst eine Lehranstalt für Geflügelzucht einzurichten und in den Lehrplan der ländlichen Haushalts- und Volkshochschulen die Geflügelzucht als Lehrgegenstand aufzunehmen,
3. die genossenschaftliche Verwertung von Eiern und Schlachtgeflügel zunächst in Verbindung mit Geflügelzuchtvereine und Genossenschaftsvereine zu fördern und dabei die Stempelung der Flandeseier sowie den Verkauf von Eiern und Geflügel nach Gewicht in Erwägung zu ziehen,
4. die Raiffeisengefllügelzucht Förderung und Unterstützung der Geflügelzuchtvereine und ihrer Ausstellungen zu heben.

Der Ausschuß einigte sich nach längerer Beratung dahin, die Staatsregierung aufzufordern, die Geflügelzucht mit allen nach den Zeitläuften gebotenen Mitteln zu fördern. Bei Kapitel 105.

Förderung der Fischerei.
wurde auf die Notwendigkeit der Einrichtung von Fischereihäfen auf der Ostsee und der Schaffung von Fischereierwertergenossenschaften hingewiesen, sowie die Schädigung der Fischerei durch Verunreinigung der Ströme zur Sprache gebracht. — Der Berichterstatter führte aus, daß in der Landesmelioration und Moorkultur während des Krieges erhebliche Fortschritte gemacht seien. 319 Genossenschaften seien gegründet worden, die 107000 Hektar Land in Kultivierung genommen und reichlich 14000 Hektar bereits fertiggestellt hätten. Auch Privatbesitzer haben große Mengen von Dehänderäten in Angriff genommen. Die weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet werden allerdings dadurch etwas behindert, daß die Gefangenen, die dafür zuerst in Aussicht genommen waren, jetzt in weitgehendem Umfang anderweitige Beschäftigung finden.

Bei den die Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues betreffenden Kapiteln wurde auf die Bedeutung dieser Zweige der Landwirtschaft hingewiesen und ihre Förderung verlangt. Der Berichterstatter legte dar, daß es bei dem Mangel an Bienen für die Konservenfabriken von Wichtigem sei, zur Erhaltung des Gemüses für die Volk-

ernährung Dzerzinskien unter Vergabe von Staatsdarlehen anzurichten. — Damit war der oberste Akt erledigt. Beim aufgeborendlichen Etat wurde lediglich die Veranschlagung der Forderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen zur Sprache gebracht. Der Minister führte aus, daß bei dem Mangel an Arbeitskräften dieser Fonds tatsächlich nicht voll zur Verwendung gelangen könnte. Der Ausschuß beschloß, die Staatsregierung aufzufordern, im Etat für 1917 eine Erhöhung dieses Fonds auf den alten Stand einzutreten zu lassen.

Am Mittwochabend berät der Ausschuß über Mittelstandsfragen, Kriegshilfskassen usw., am Donnerstag über den Domänen- und Forstetat.

Der Ausschuß wird mit der Beratung des Etats Mittwoch fertig werden.

Deutsches Reich.

Neue konsularische Vertretung des deutschen Reiches in Belgrad.

WTB. Berlin, 29. Februar. In Belgrad wird in der nächsten Zeit wieder eine konsularische Vertretung des Deutschen Reiches eingerichtet. Die entsprechenden Verfügungen sind bereits ergangen. Sobald die der neuen Behörde zugeteilten Beamten in Belgrad eingetroffen sind, der Dienstbetrieb beschloß eröffnet ist, wird dies mitgeteilt werden. Bis dahin empfiehlt es sich, etwaige Anfragen an die Befehrsjurisdiktionen.

Freiherr v. Nischhofen †.
Jauer, 29. Februar. Heute morgen ist auf Kohlhöhe bei Striegau das Mitglied des Herrenhauses Freiherr v. Nischhofen-Damsdorf gestorben. 1838 bis 1911 vertrat er im Reichstage den Wahlkreis Schwedt-Striegau. Er hat die Festsäge 1866 und 1870/71 mitgemacht und war Ritter des Ehrenkreuzes.

In der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses wurde eine Eingabe des Regierungssekretärs a. D. Str. Götlich beraten, welche Erhöhung der Pension verlangt. Ein nicht ungewöhnlicher Vorgang an sich. Eigenartig aber deshalb, weil das Gehalt des Rentners ursprünglich zu hoch festgesetzt und dann zum Schaden des Rentners wieder herabgesetzt wurde. Die Petition war gewissermaßen zur Erledigung übergeben, trotz Behauptung von vorbestehenden. Eine Reihe von Beschwörden entlassener Beamten teilte das selbe Schicksal. Dabei wurde von fortschrittlicher und Zentrumseite betont — ohne die verhandelten Fälle damit in Verbindung bringen zu wollen —, daß hier eine Verringerung der Rechtsbeschäftigung der Beamten Platz greifen müsse. Die Petition eines Braumeisters E. wegen Entlassung wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Kommission erklärte sich außerdem für unzulässig, in einer Petition über die Unterfedersfrage.

Das Zentrum gegen direkte Reichsteuern.
Das Zentrum hat in der bayerischen Abgeordnetenkammer einen Antrag gestellt, die Regierung zu erlauben, mit allem Nachdruck im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Eröffnung neuer Einkommenquellen im Reiche jeder weitere Eingriff der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen vermieden wird und daß den Bundesstaaten die Möglichkeit, auch in Zukunft ihren wichtigen kulturellen Aufgaben gerecht zu werden.

Letzte Depeschen.

Die unzufriedene Duma.
T. U. Stockholm, 1. März. Aus den Dumadebatten über die allgemeine Kriegslage ist folgendes zu berichten: Wenigstens teilweise beurteilt der Sozialist Fische die Lage Deutschlands. Die Fortführung des Krieges ist ein aus sich selbstes Unrecht, das nur durch den Ausbruch eines neuen Krieges gewinnen. Die Verluste an Menschenmaterial seien bei weitem größer, als bei allen kriegführenden Staaten zusammen. Die Verluste auf den Schlachtfeldern seien gering gegen die verhungerten und verkommenen Millionen, die das Opfer der allgemeinen Wirtschaft geworden. Schulden, der von der Front zurückgeführt ist, nannte die Lage sehr ernst. Die Regierung sollte sich auf die schwere Zukunft vorbereiten und dafür sorgen, daß der zweite Weltkrieg nicht gleich katastrophale Folgen zeitige. Mikutow schloß gleichfalls die russische Not. Durch die allgemeine Unzufriedenheit ist Russland geschwächt, die Hauptstadt sieht aus wie vor dem Bürgerkrieg.

Der Eröffnung der italienischen Kammer.
T. U. Rom, 1. März. Das Blatt „Popolo d'Italia“ bringt einen Zeitartikel unter der Ueberschrift „Verdun“, der ein leichtes Wort vor Eröffnung der Kammer darstellt soll. In den Darlegungen werden Parlament und Regierung aufgeföhrt, Deutschland den Krieg zu erklären. Den Ministern müsse klar gemacht werden, daß in Italien das Volk souverän sei und daß das Kabinett den Volkswillen ausführen müsse, andernfalls das Volk selbst die Fühler der Regierung ergreifen würde. Das Blatt ergeht sich dann noch in Beschimpfungen der deutschen Herrscher und verlangt, daß alle nach belchenden Bräuer zu Deutschland abgehört werden müßten. Der Sieg Frankreichs bedeute auch für Italien Sieg und Zukunft.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dnd; für den örtlichen Teil: für Provinzialnachrichten, Gerich, Dandel; Eugen Brinmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: J. B. Siegfried Dnd; für Unterhaltungsblatt und Beste Nachrichten: Hans Hainke; für den Anzeigenenteil: H. F. Barth. Druck und Verlag von Otto Henschel. Sämtlich in Halle a. S.

Bei Infuzenza, Ischias und Gelenkschmerzen
nehmen mit Jugal... (siehe in der zweiten Spalte)... (siehe in der ersten Spalte)...

Jugal

werden mit Jugal... (siehe in der zweiten Spalte)...

ergibt. Leicht glänzend beugnet. In Apotheken zu 1.00 und 2.00.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-1916031028/fragment/page=0003

